

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1
01.12.2011 09:30 bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Christina Meierschitz
Marianne Schulze
Silvia Weissenberg
Christina Wurzinger

VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:
entschuldigt

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:
Johanna Mang

VertreterIn der wissenschaftlichen Lehre:
entschuldigt

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Ruth Renée Kurz
Martin Ladstätter
Heinz Trompisch
Markus Wolf

BMASK: Waltraud Palank-Ennsmann
Wolfgang Iser

BSB entschuldigt

Resümeeprotokoll

Tagesordnung liegt vor. Weiters die Entwürfe der Protokolle der beiden letzten Sitzungen, Unterlagen zum Begutachtungsverfahren zum Entwurf einer FWA-Soziales-Verordnung und ein Entwurf für eine Presseaussendung.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Neues Ersatzmitglied Entwicklungszusammenarbeit

Die Vorsitzende begrüßt das neue Ersatzmitglied aus dem Bereich der EZA und dankt dem ausgeschiedenen Ersatzmitglied Karin Wagner für ihre wertvolle Arbeit.

Frau Johanna Mang stellt sich den Ausschussmitgliedern vor und berichtet über Erfahrungen und Werdegang in den Bereichen NGOs und Entwicklungszusammenarbeit.

3. Protokolle

Die Änderungswünsche der Sitzungsgäste zum Protokoll der Sitzung vom 04. Oktober 2011 werden zur Kenntnis genommen und die neue Version beschlossen. Der Entwurf eines Protokolls zur öffentlichen Sitzung des Monitoringausschusses am 17.11.2011 wird gesichtet. Aufgrund der Anmerkungen der Anwesenden werden Vorsitzende und Büro eine Finalversion erstellen.

4. Nachbesprechung der 5. öffentlichen Sitzung des Monitoringausschusses:

Zur öffentlichen Sitzung des Monitoringausschusses im BM für Justiz am 17.11.2011 zum Thema unterstützte Entscheidungsfindung stellen die Mitglieder fest:

Die Sitzung habe die Stimmung bei betroffenen Menschen gut widergespiegelt. Die offene Interaktion mit den betroffenen Menschen ist als eine solide Basis für partizipative Prozesse zu werten. Diskutiert wird die Anregung eines Teilnehmers, in Zukunft einer Leicht Verständliche Zusammenfassung für Menschen mit Lernschwierigkeiten zu machen. Die Verbesserung von Partizipation, auch in Hinblick auf weniger organisierte Menschen mit Behinderungen bleibt ein Hauptanliegen für öffentliche Sitzungen.

Wegen der großen TeilnehmerInnenzahl wird künftig angedacht, Kontingente für SelbstvertreterInnen festzulegen, und die Anmeldung für Menschen mit Lernschwierigkeiten zu erleichtern.

Das BMJ wurde zur Nachbesprechung eingeladen, wird sich aber erst im kommenden Jahr betreffend einen Termin melden.

5. Nächste Schritte in Sachen unterstützte Entscheidungsfindung

Die Anwesenden kommen überein, dass das Thema in den nächsten Monaten aktuell gehalten werden muss.

In der nach Ablauf der Rückmeldefrist (13.01.12) zu erstellenden Stellungnahme sollen in einem ersten Teil die konkreten Probleme der betroffenen Menschen mit dem aktuellen System dargestellt werden, in einem zweiten klar abgegrenzten Teil die Prinzipien und die Richtung für ein künftiges konventionskonformes Modell.

Michael Bach habe bei der Vorbesprechung zur öffentlichen Sitzung berichtet, dass in Kanada im Zuge der Einführung der unterstützten Entscheidungsfindung vom Prozess das alte System sukzessive weiterentwickelt und ausgebaut worden sei, parallel dazu aber völlig neue Strukturen aufgebaut worden seien.

6. Update

- a. Clearingstelle: Die Vorsitzende wird noch einmal Kontakt mit dem HVB betreffend Koordination der Kostenträger aufnehmen.
- b. Vergaberecht: Die Vorsitzende wird bei den externen TeilnehmerInnen Rückmeldungen urgieren.
- c. Staatsbürgerschaft: Die Vorsitzende wird beim BMI Rückmeldung urgieren.

- d. OPCAT: Eine Besprechung zum Thema Artikel 16 (3) mit der Volksanwaltschaft ist angefragt.

7. Presseaussendung zum 3. Dezember

Der Textentwurf wird von der Vorsitzenden um eine Passage zur Entwicklungszusammenarbeit ergänzt und dann an das Büro zur Veröffentlichung übermittelt werden.

8. Stellungnahme zu Verordnung über die wirkungsorientierte Folgenabschätzung betreffend die Auswirkungen in sozialer Hinsicht (WFA-Soziales-Verordnung)

Ein Entwurf wird erstellt und im Umlaufwege zur Beschließung vorgelegt werden. Das Büro wird um Fristerstreckung (derzeit 05.01.12) ersuchen.

9. Bericht vom Bundesbehindertenbeirat

Die Vorsitzende berichtet von der Sitzung des Bundesbehindertenbeirats am 14.11.11. Der Bericht des Ausschusses habe große Aufmerksamkeit und Wertschätzung erhalten. Der ca. 20minütigen Präsentation sei eine ca. halbstündige Diskussion gefolgt.

10. Thema und Ort der nächsten öffentlichen Sitzung

Als Ort der nächsten öffentlichen Sitzung (möglicher Termin 26. April 2012) wird im Sinne regionaler Ausgewogenheit Graz vorgeschlagen. Das Büro wird mit dem Leiter der Landesstelle Steiermark des Bundessozialamts wegen logistischer Unterstützung Kontakt aufnehmen. Betreffend Thema wird noch weiter diskutiert.

11. Planung für Bericht an CRPD Komitee

Die Vorsitzende schlägt vor, diesem Thema in einer eigenen Klausur im Mai 2012 ausreichend Zeit zu widmen.

12. Termine:

nächste Sitzung: **19.01.12 09:30 ÖAR**

übernächste Sitzung: **22.02.12 9.30 BMASK Saal IV**

13. Allfälliges

- a. Das Büro berichtet vom sukzessiven Ausbau der Barrierefreiheit auf der Website des Ausschusses, (Gebärdensprach-Videos, LL-Texte) und ersucht die Mitglieder, bei Nichtregierungsstellen um Rückmeldungen Betroffener über die Qualität zu werben.
- b. Die Vorsitzende berichtet von der Studie des Büros der Hochkommissärin für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OHCHR), Regionalbüro Europa über die Artikel-33-Umsetzung.
- c. Die Vorsitzende berichtet von Schwierigkeiten betreffend Jugendwohlfahrt und Konvention, die diskutiert werden sollten.

- d. Die Vorsitzende berichtet von weitem Kontakten zum BMUKK zur Nachverfolgung der Bildungsstellunahme.
- e. Das Büro berichtet vom Fortgang der Arbeitsgruppe Persönliche Assistenz des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz mit den Ländern.
- f. Die Vorsitzende berichtet vom vielfach geäußerten Wunsch nach einem Newsletter des Ausschusses.
- g. Diskutiert wird der Fortgang des Nationalen Aktionsplans, auch vor dem Hintergrund der wirtschaftsbedingten Sparpläne der Bundesregierung.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)